

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **„Sehr geehrte Damen und Herren,**

bitte gestatten Sie heute an dieser Stelle einen Blick nach China, der inzwischen zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Erde:

Die heutige Volksrepublik China geht in ihrem Kern auf Mao Tse-tung zurück, dessen politische Karriere 1943 mit dem Vorsitz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas begann. Mit seiner 1958 gestarteten Kampagne „Großer Sprung nach vorn“ wollte Mao China in eine mächtige Industrienation verwandeln. Doch statt industriepolitischer Erfolge erlitt das Land eine große Hungersnot. Weil nämlich niemand den Mut hatte, den unerreichbaren Produktionszielen des „großen Steuer-manns“ Mao zu widersprechen, sahen sich Millionen Bauern gezwungen, ihre – bescheidenen – Werkzeuge einschmelzen zu lassen, um meßbare Industrieaktivitäten hervorzurufen. Doch viele Felder konnten nun nicht mehr richtig bestellt werden und massive Ernteaufälle waren die Folge. Und auch die daraus resultierende Hungergefahr wollte zunächst niemand dem „großen Führer“ nahebringen. Es kam zu Millionen von Todesopfern.

Als es später zur Kulturrevolution kam, töteten und quälten Maos „rote Garden“ weitere Millionen Menschen. Mao sah dieses Treiben und hielt es dennoch nicht für nötig, beschwichtigend einzugreifen. Jahre des Personenkults ließen ihn schließlich in den Irrglauben fallen, unfehlbar zu sein. Die Zahl seiner direkten und indirekten Opfer wird heute auf 40 bis 80 Millionen Menschen geschätzt.

Maos Nachfolger Deng Xiaoping erkannte die aus Maos umfassender Macht resultierenden Probleme. Unter seiner Agide wurde u.a. die längstmögliche Amtszeit politischer Führungskräfte beschränkt und alle wichtigen Entscheidungen durften fortan nur noch im Kollektiv und nicht mehr von einem Einzelnen allein getroffen werden. Auch sollte sich der Mao umrankende Personenkult nicht mehr wiederholen, wengleich Maos Portrait noch an vielen Orten hängt.

Heute, unter Staats- und Parteichef Xi Jinping, ist wieder alles anders. Neben oder statt Maos Bild findet sich vielerorten Xis Konterfei. In den Schulen werden längst „Xi Jinpings Gedanken“ gelehrt und im Herbst dieses Jahres werden die Vertreter der Kommunistischen Partei höchstwahrscheinlich seiner dritten Amtsperiode zustimmen und das nach Mao eingeführte Postulat strikt begrenzter Amtszeiten erheblich aufweichen. Kritik an Chinas neuer zentraler Führungsfigur und an der weiteren chinesischen Staatsführung ist längst wieder verboten und wird rigide verfolgt.

Inzwischen sehen etliche Beobachter in dem zunehmenden Personenkult um Xi und in der damit einhergehenden Machtkonzentration eine immer größere Gefahr für das ganze Land. Denn wer sich jegliche Kritik verbittet, kann auch nichts dazulernen. Und gerade dies wäre angesichts der gewaltigen Herausforderungen, vor denen die Volksrepublik China in den nächsten Jahren stehen wird (man denke z.B. an den demographischen Wandel nach Jahrzehnten der Ein-Kind-Politik) wichtiger denn je. In den kommenden Jahren, das ist heute so gut wie sicher, muß die chinesische Führung schließlich Probleme angehen, die durch das hohe Wirtschaftswachstum der letzten Jahre verdeckt wurden und die nun immer deutlicher hervortreten werden. Ein Staatschef, der sich für unfehlbar hält, dürfte dabei eher hinderlich sein.

Die schweren Zeiten unter Mao – das muß nüchtern gesagt sein – waren für dessen Opfer grausam, berührten die übrige Welt aber noch vergleichsweise wenig. Das ist heute anders. Deutsche und US-amerikanische Fabriken sind von chinesischen Zulieferteilen abhängig. Ganz zu schweigen von den Milliardenbeträgen, die westliche Investoren in China eingesetzt haben. Es wäre für China und die restliche Welt gleichermaßen wünschenswert, wenn man sich in Peking wieder auf Dengs Prinzipien einer kollektiven Führung und des ausdrücklichen Zulassens von konstruktiver Kritik rückbesinnen würde. Doch das ist unwahrscheinlich und für uns alle sehr bedauerlich! (tb)

2 **„Inquisition“ berechtigt zu „europäischer Staatsbürgerschaft“**

Laut aktuellen Daten aus Spanien und Portugal haben seit dem Jahr 2015 mindestens 90 000 Nachkommen sephardischer Juden das ihnen eingeräumte Recht wahrgenommen, zusätzlich zu ihrer im Regelfall israelischen Staatsbürgerschaft auch die Spaniens oder Portugals anzunehmen. Damit soll eine Inquisition gesühnt werden, die sich Ende des 15. Jahrhunderts gegen die auf der Iberischen Halbinsel lebenden sephardischen Juden gerichtet hatte. In Spanien sollen bis jetzt mehr als 150 000 Anträge eingegangen sein, in Portugal rund 86 000.

Vor einer Einbürgerungsentscheidung durch die staatlichen Behörden werden die Anträge in beiden Ländern von der offiziellen jüdischen Gemeinde geprüft. Weitergeleitet werden nur diejenigen Anträge, die man auch für „glaubwürdig“ hält. Dessen ungeachtet wird das Verfahren inzwischen in beiden Ländern zunehmend kontrovers diskutiert. In Spanien geht es vor allem um die Frage, ob auch Nachkommen von Muslimen, die die damalige Inquisition zum Teil ebenfalls traf, antragsberechtigt sein sollen. Und in Portugal kam es zu Debatten, nachdem bekannt geworden war, daß sich auf dieser Gesetzesgrundlage auch der russisch-jüdische Milliardär Roman Abramowitsch in Portugal einbürgern ließ. (tb)

3 Abnehmende Religionsfreiheit auch in Europa

Die aus Malta stammende EU-Kommissarin für Antidiskriminierung und Inklusion (diesen Posten gibt es tatsächlich), Helena Dalli, hat nun eine Anweisung für EU-Bedienstete verfasst, in der diese zu einer politisch korrekten Sprache angehalten werden. Sie sollen danach zukünftig u.a. das Wort „Weihnachten“ meiden, weil dieser Begriff nicht „inklusiv“ sei und deshalb von Angehörigen anderer Religionen als verletzend empfunden werden könnte. (Warum z.B. Christen durch den Gebrauch des Begriffs des islamischen Zuckerfestes nicht „verletzt“ werden sollen, erschließt sich der Redaktion im Übrigen nicht.)

Tatsächlich sind die behauptete Diskriminierung und die mögliche Verletzung von Gefühlen nur Ausreden, wie es kritische Beobachter immer wieder anmerken. Es geht vielmehr darum, die in Europa noch vorhandenen Erinnerungen an die christlichen Wurzeln der europäischen Kultur und Zivilisation zu tilgen. Die noch vorhandene öffentliche Präsenz des Christentums in Europa – die ein wichtiger Ausfluss der auf dem Papier noch herrschenden Religionsfreiheit ist – stört offenbar Frau Dalli und ihre immer zahlreicheren Gesinnungsfreunde. Dachte man bisher an eine gefährdete Religionsfreiheit, fielen den meisten Beobachtern Länder wie z.B. Nordkorea, die islamischen „Gottesstaaten“ und zunehmend auch afrikanische Regionen ein. Schon jetzt sollte man dabei aber auch an Staaten wie Deutschland, Spanien, Frankreich, Schweden und Großbritannien denken, wie es die „Beobachtungsstelle für Intoleranz gegen Christen in Europa“ bereits feststellen mußte. „In Frankreich wird im Schnitt jeden Tag eine Kirche beschädigt oder desakralisiert. Diese Übergriffe haben ein solches Maß erreicht, daß sogar die Politik das Problem erkannt hat“, heißt es. Und eine besonders gefährdete aber zugleich kaum beachtete Gruppe stellen die vom Islamischen Glauben zum Christentum konvertierten Menschen dar. Sie werden von fundamentalistischen Muslimen oft gnadenlos verfolgt und dürfen dennoch kaum auf Verständnis oder gar Hilfe hoffen. Es hat den Anschein, daß der „Inklusionswunsch“ dann doch nicht so weit reicht . . . (tb)

4 Schwedens tödliche Schüsse

Innerhalb der europäischen Staaten hat Schweden seit etlichen Jahren immer wieder die höchste Zahl tödlicher Schußabgaben pro Einwohnermillion zu verzeichnen – und das seit dem Jahr 2005 mit steigender Tendenz. Dies erfolgt laut einer aktuellen Pressemitteilung der schwedischen Polizei vor allem in „Gebieten, in denen sich die Bewohner von Kriminellen bedroht fühlen, wo es offenen Drogenhandel gibt und wo Kriminelle manchenorts parallele soziale Strukturen geschaffen haben“. Die Banden setzen dabei auch immer mehr Kinder ein, vor allem für den Verkauf von Drogen und den Transport von Waffen.

Auch in Schweden galt für lange Zeit jede öffentliche Diskussion über die möglichen Zusammenhänge zwischen Migration und steigender Kriminalität und Bandengewalt als ein Tabu. Dies gipfelte 2017 in der Weigerung des damaligen Justizministers Morgan Johansson, Statistiken über den ethnischen Hintergrund der in Schweden auffälligen Kriminellen zu veröffentlichen. Diese Information, sagte er keck, sei „irrelevant“. Als schließlich von Jahr zu Jahr mehr Schüsse fielen und immer mehr Menschen verletzt oder getötet wurden, wurde das bis dahin Unaussprechliche zu einem fast allgemeinen Diskussionsthema. Aus der Deckung wagte sich nun auch Göteborgs Polizeichef Erik Nord: „Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß ein Großteil der Banden- und organisierten Kriminalität . . . mit der Migration nach Schweden in den letzten Jahren verbunden ist.“ Und weiter schrieb er: „Wenn man wie ich die Möglichkeit hat, die Dinge auf individueller Ebene zu verfolgen, sieht man, daß im Prinzip jeder, der schießt oder in Bandenkonflikten erschossen wird, aus dem Balkan, dem Nahen Osten, Nord- oder Ostafrika stammt.“

In einem Anfang Dezember vorgelegten Bericht beschrieb die schwedische Polizei mehr als 60 „besonders gefährdete Gebiete“. Sie seien u.a. gekennzeichnet durch „parallelgesellschaftliche Strukturen, Extremismus wie etwa systematische Verletzungen der Religionsfreiheit, . . . Personen, die reisen, um an Kampfhandlungen in Konfliktgebieten teilzunehmen (und) eine hohe Konzentration von Kriminellen“. Schwedens Polizei hat dort nichts mehr zu vermelden, man kann durchaus von „No-Go-Zonen“ sprechen. Betroffen sind praktisch alle größeren Städte des Landes.

Schwedens neue Premierministerin Magdalena Andersson kündigte nun härtere Strafen an, um möglichst viele potentielle Straftäter abzuschrecken. Dies solle insbesondere auch für die bisher verkürzten Strafen für noch jugendliche Täter gelten, die offenbar maßgeblich zum verstärkten „Kindereinsatz“ führten. Wenn überhaupt, gehen kritische Beobachter gleichwohl von einer nur langsamen Besserung der Lage aus. (tb)

5 Spanien möchte „Corona“ als „gewöhnliche Grippe“ einstufen

In Spanien möchte man in Zukunft mit der Covid19-Erkrankung wie mit einer gewöhnlichen „Grippe“ umgehen. Für die spanische Praxis würde dies eine Abkehr von dem System einer detaillierten Überwachung aller auftretenden Krankheitsfälle bedeuten. Stattdessen würde man dann – stark verkürzt gesagt – auf stichprobenartig ermittelte Daten zurückgreifen und daraus ein Lagebild für das gesamte Land entwickeln. Spaniens Premierminister Pedro Sánchez ist bereits bemüht, auch die anderen EU-Staaten von dieser Vorgehensweise zu überzeugen.

In Spanien strebt man diesen Paradigmenwechsel allerdings auch nicht ganz ohne Not an. Nach verblüffend geringen Corona-Zahlen im vergangenen Sommer und Herbst wählte man sich in Madrid längst auf der sicheren Seite. Dies drückte sich u.a. in einer millionenfachen Abgabe von Corona-Schnelltests an andere Länder aus. Diese Tests sind in Spanien nunmehr Mangelware, was sich in teilweise exorbitant gestiegenen Preisen ausdrückt. In der Regierung denkt man in diesem Bereich nun sogar über gesetzlich festgelegte Höchstpreise nach.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage eines hochrangigen EU-Diplomaten, der die Notwendigkeit einer speziell gegen die Omikron-Variante gerichteten Corona-Impfung nicht mehr sieht. Nach seiner Auffassung verbreitet sich das Virus so schnell, daß fast jeder Europäer bereits infiziert gewesen sein dürfte, wenn die speziellen Seren endlich zur Verfügung stehen werden. (tb)

6 Bill Gates und das RKI

Laut einer Mitteilung des investigativen Journalisten Boris Reitschuster spendete die „Bill & Melinda Gates-Stiftung“ dem staatlichen Robert Koch-Institut (RKI) im Dezember 500 000 US-Dollar. Sollte dies stimmen, wäre die Annahme des Geldes ein sowohl skandalöser als auch überaus beunruhigender Vorgang. Schließlich handelt es sich beim RKI um eine direkt dem Bundesgesundheitsministerium unterstellte Bundesbehörde.

Das RKI definiert sich selbst, seine Aufgaben und seine grundlegende Finanzierung wie folgt: „Das Robert Koch-Institut (RKI) ist ein Bundesinstitut im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit. Das RKI ist die zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und Prävention . . . Die Kernaufgaben des RKI sind die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten, insbesondere der Infektionskrankheiten.“ Und weiter heißt es: „Die Grundfinanzierung des Instituts erfolgt aus dem Bundeshaushalt. . . Die Annahme von Spenden wird im Einzelfall geprüft. Name des Spenders, Anschrift, Art, Wert und Verwendungszweck der Spende werden im Sponsoringbericht der Bundesregierung veröffentlicht.“

Nicht erst die „Gates-Spende“ führt zu der grundsätzlichen Frage, warum eine für die Volksgesundheit wichtige Bundesbehörde überhaupt private Spenden annehmen darf und nicht sicherheitshalber ausschließlich mit Bundesmitteln finanziert wird? Und es bedarf keines übertriebenen Mißtrauens, um einen Zusammenhang herzustellen zwischen der von manchen Experten als durchaus fragwürdig eingestuften „Corona-Politik“ des RKI und den Profitinteressen eines Multimilliardärs, der zweifelsohne zu den bisher größten Profiteuren der Corona-Krise zählt. Und selbst wenn sich derartige Verdachtsmomente als bereits im Keim ungerechtfertigt erweisen sollten, müßte zumindest der Zeitpunkt der Spende als schlecht gewählt kritisiert werden. Denn für die durchaus zahlreichen RKI-Kritiker hierzulande war dies mit Sicherheit keine vertrauensbildende Maßnahme! (tb)

7 Grüne Rechenkünste

Um die Rechenkünste des promovierten Philosophen Robert Habeck (Grüne) ist es offenbar ebenso schlecht bestellt wie um dessen Kenntnis bezüglich der Aufgaben der deutschen Versicherungs- und Finanzaufsicht, die Habeck bekanntermaßen einmal als für die Prüfung von Handwerksbetrieben zuständig erachtete. Als nicht zu Ende gedacht und als kaum durchgerechnet erscheinen nun auch seine Vorstellungen zur Sicherung der deutschen Stromversorgung, die er nun aber nicht mehr als Oppositionspolitiker, sondern als verantwortlicher Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz zu vertreten hat.

Abgesehen von den völlig aus dem Ruder laufenden Kosten für den – technisch kaum machbaren – ökologischen Umbau der deutschen Stromversorgung, Gebäudesanierungsvorschriften und vieles andere mehr dürfte auch der von Habeck und „seinen“ Grünen angestrebte Ausbau des Anteils der Windenergie an der Stromversorgung kaum machbar sein. Man muß dazu zunächst wissen, daß in Deutschland bereits rund 31 000 Windenergieanlagen in Betrieb sind, die im Folgenden kurz als „Windräder“ bezeichnet werden. Diese Windräder sind im Schnitt auf eine technische Nutzungsdauer von etwa 20 Jahren ausgelegt. Man muß deshalb nur 31 000 durch 20 teilen um zu ermitteln, daß im Schnitt jedes Jahr alleine 1550 neue Windräder errichtet werden müßten, nur um den zahlenmäßigen Bestand zu erhalten.

Bezogen auf die (rein rechnerisch) mögliche Stromerzeugung dürfte diese jährliche Erneuerungszahl zwar etwas geringer ausfallen, weil die neuen Windräder im Regelfall leistungsstärker sind. Gleichwohl bleibt festzustellen, daß die von Habeck offiziell angestrebte Zahl von jährlich 1000 bis 1500 neuen Windrädern gerade ausreichen dürfte, um den gegenwärtigen Bestand zu erhalten. Zu der bis zum Jahr 2030 angestrebten Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung wird die Windkraft alleine schon deshalb nichts beitragen. (tb)

8 Zu „neugierige“ Staatsanwälte

Datenschutz wird in Deutschland groß geschrieben. Zumindest auf dem Papier. Bei jeder technischen Neuerung wird hoch und heilig versprochen, daß die Privatsphäre stets geachtet würde und daß erhobene Daten nur zu dem versprochenen Zweck und zu nichts anderem verwendet würden. So ist es auch bei der „Luca-App“, mit deren Hilfe sich ihre Nutzer in Restaurants, Kinos oder Friseursalons registrieren können. Im Falle eines späteren Coronaausbruchs – und angeblich nur dann – können ausschließlich die betroffenen Gesundheitsämter zusammen mit dem jeweiligen Gastronomen etc. die Freigabe der so gesammelten Daten verfügen, damit eine Kontaktnachverfolgung vorgenommen werden kann.

So weit die Theorie. Doch die Praxis sieht anders aus. Der gegenwärtige Chef des „Luca“-Betreibers, Patrick Hennig, weiß beispielsweise von ständigen Versuchen aller möglichen Ermittlungsbehörden zu berichten, Einblick in die Bewegungsdaten der immerhin 40 Millionen „Luca“-Nutzer zu erhalten. „Luca“ selbst, das kann Hennig glaubhaft versichern, lehnt eine Beantwortung derartiger Anfragen regelmäßig ab. Er und seine Kollegen wissen nur zu genau, daß ein akribisch eingehaltener Datenschutz eine ihrer wichtigsten Geschäftsgrundlagen ist.

Staatliche Ermittlungsbehörden sehen dies offenbar anders. So auch in Mainz, wo die dortige Staatsanwaltschaft in einem Todesfall ermittelte und dafür gerne gewußt hätte, welche Besucher sich innerhalb eines bestimmten Zeitraums in einem Restaurant befunden hatten. Die verantwortlichen Mitarbeiter des zuständigen Gesundheitsamtes ließen sich dem Vernehmen nach schnell zum Mitmachen animieren. Und unter dem Vorwand, er müsse ein lokales Infektionsgeschehen aufklären, brachte ein Gesundheitsamt-Beamter den betroffenen Gastwirt schnell zum Einlenken und er stimmte einer Datenfreigabe zu. In der Folge wurden die persönlichen Daten von mehr als 20 Restaurantbesuchern der ermittelnden Staatsanwaltschaft ohne jeden Anfangsverdacht frei zur Verfügung gestellt. Es war mithin geschehen, was eigentlich streng verboten ist: Es standen weitgehend gläserne Bürger (bzw. deren Datensätze) vor allzu wissbegierigen Beamten. Erst nach entsprechenden Recherchen von Journalisten des SWR gestanden Staatsanwaltschaft und Gesundheitsamt ihr Fehlverhalten ein und baten um Entschuldigung . . . (tb)

9 Toleriert die Bundesregierung eine illegale Visa-Vergabe?

Nach ersten Augenzeugenberichten im August 2021 verdichtet sich nunmehr der Verdacht, daß deutsche Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) in Afghanistan operieren, um eine möglicherweise illegale Einwanderung afghanischer Bürger nach Deutschland zu unterstützen. Kürzlich bestätigte nun die öffentlich-rechtliche Deutsche Welle (DW), daß die hierzulande als gemeinnützig anerkannte Dresdner NGO „Mission Lifeline“ offensiv um Spendengelder für ausreisewillige Afghanen wirbt. Finanziert werden soll u.a. der Ankauf von Pässen von den jetzigen afghanischen Machthabern, der fundamentalistischen Taliban. Die DW zitierte in diesem Zusammenhang einen Sprecher des Auswärtigen Amtes (AA), laut dem sich die Bundesregierung „an Recht und Gesetz halten“ müsse und den Pass-Ankauf deshalb „nicht unterstützen“ könne. Dennoch sei die Arbeit der vorgenannten und anderer NGOs „ein durchaus begrüßenswertes Engagement“. Laut AA soll es unter anderem ausreisewilligen Afghanen darüber hinaus möglich sein und bleiben, in jedem der in den Nachbarländern eingerichteten deutschen Konsulate „mehr oder weniger unverzüglich einen Termin zur Visa-Beantragung“ zu erhalten. Die bisherige Zusage der Bundesregierung, möglichst alles zu unterlassen, was eine Verstärkung der Migrationsströme zur Folge haben könnte, erweist sich vor diesem Hintergrund als nur noch bloße Makulatur.

Der menschenrechtspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Jürgen Braun, nahm dies nun zum Anlaß, bei der Bundesregierung anzufragen, ob in Deutschland als gemeinnützig anerkannte NGOs ausreisewilligen Afghanen tatsächlich bei der illegalen Passbeschaffung behilflich seien und/oder später dann auch noch als Schleuser agieren würden? Die Antwort fiel erwartungsgemäß nichtssagend aus. Man kenne zwar Berichte, hieß es aus dem AA, laut denen einzelne NGOs mittellosen Afghanen bei der Passbeschaffung finanziell helfen würden, doch über illegale Passgeschäfte an sich oder gar Schleppertätigkeiten hüllte man sich regierungsseitig in Schweigen. Für Braun deutet deshalb alles darauf hin, daß „die Bundesregierung den Handel mit Pässen und die Schleppertätigkeit von NGOs stillschweigend duldet. Das wäre nicht nur eine klare Rechtsverletzung, sondern skandalös“, stellt er klar.

Seitens der Bundesregierung hieß es bisher immer, daß man ausschließlich ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr – die in Afghanistan nun tatsächlich hoch gefährdet wären – nach Deutschland holen würde. Zweifel sind aber angebracht. Denn während nach offiziellen Zahlen bisher etwa 4700 ehemalige Ortskräfte ausgemacht wurden, von denen 1600 inzwischen nach Deutschland gereist sein sollen, wurden laut Presseberichten seit der Machtübernahme durch die Taliban annähernd 6000 Visa für Deutschland ausgestellt. Diese hohe Differenz mag zu einem Teil durch mitreisende Angehörige erklärbar sein – Zweifel an den vorliegenden Zahlen können damit aber nicht ausgeräumt werden.(tb)

10 Europäische „Wertegemeinschaft“

Nicht nur die gegenwärtige „EU-Oberkommissarin“ Ursula von der Leyen preist beständig die mit der Europäischen Union angeblich verbundene Wertegemeinschaft. Doch es ist bei Licht betrachtet eine höchst eigenartige Wertegemeinschaft, innerhalb derer es z.B. durchaus noch zu Heiratsmärkten wie im dunkelsten Mittelalter kommen kann.

Man muß dazu nur nach Bulgarien blicken, das der Europäischen Union seit 2007 angehört. Dort organisiert ein Roma-Stamm mehrmals im Jahr Heiratsmärkte, auf denen junge Frauen zu Preisen zwischen 500 und 20 000 € zur Ehelichung angeboten werden. Vorausgesetzt wird deren Jungfräulichkeit, lange Haare und eine helle Haut wirken preiserhöhend. Gehandelt und geheiratet wird möglichst innerhalb der jeweiligen Stammesgemeinschaft, am besten mit patriarchalischem „Segen“.

Zu einem Aufschrei seitens der EU-Kommission, selbsternannten Menschenrechtlern, von Feministinnen oder gar Frauenbeauftragten kam es bisher nicht. Das liegt nach Auffassung mancher Beobachter vielleicht daran, daß es sich dabei um Vorgänge innerhalb eines Roma-Stammes handelt und nicht um die Taten „eklig-weißer“ und Aluhüte tragender „alter Männer“. Bei vielen Moralisten dürfte schließlich die Angst mitschwingen, sich mit Kritik an derartigem Menschenhandel den Vorwurf des „Rassismus“ einzuhandeln. Auch die führenden Vertreter unserer „europäischen Wertegemeinschaft“ ziehen es bislang vor, zu schweigen. Ganz so wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte . . . (tb)

11 Jahresinhaltsverzeichnis 2021

Ab sofort ist unser Jahresinhaltsverzeichnis 2021 verfügbar. Sie können es gerne auf einem der im folgenden beschriebenen Wege bei uns abrufen:

- Als Fotokopie gegen Einsendung von zwei 1,60 €-Briefmarken (für das Rückporto und als Kopierkostenzuschuß) an die Redaktion in D-78266 Bisingen.
- Kostenlos in Form eines E-Mail-Anhangs. Bitte, senden Sie dazu eine kurze und formlose Anforderung per Mail an entweder „verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de“ oder „buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de“.
- Ebenfalls kostenlos für Sie als Faxsendung innerhalb des deutschen Festnetzes, wenn Sie uns dazu Ihre Faxnummer mitteilen und Ihr Faxgerät für den problemlosen Empfang und Ausdruck von ca. 20 Seiten geeignet ist. (tb)

12 Für Sie aufgelesen:

„Heinrich Zille, nach dem Unterschied zwischen Genie und Talent gefragt: ‚Talent kriegt Jehalt.‘“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Bisingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.